Basel, den 23. November 1929 XXIX. Jahrgang / No. 47

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Ernennung von Bernhard Jaeggi zum Ehrendoktor der Universität Basel.

Es war wohl für alle Genossenschafter eine freudige Ueberraschung als sie vernahmen, dass ihr Führer Bernhard Jægggi anlässlich der Jahresfeier der Universität Basel am 15. November zum Ehrendoktor ernannt worden sei.

Die Ernennung wurde vom Dekan der philosophischen Fakultät, Herrn Professor Dr. Dürr beim Festakt in der Martinskirche wie folgt bekanntgegeben und begründet:

«Die philosophische Fakultät (philologisch-historische Abteilung) der Universität Basel ernennt zum doctor rerum politicarum honoris causa Herrn Bernhard Jægggi im Freidorf, Präsident der Verwaltungskommission des V. S. K. in Basel, der nunmehr in sein 60. Altersjahr eingetreten ist. Sie ehrt damit die grossen Dienste, welche er in Friedens- und in Kriegszeiten dem ganzen Lande erwiesen hat. Sie will damit seiner Führerstellung in der Genossenschaftsbewegung gedenken, die er klug und gütig und mit ethischer Kraft leitet. Sie ehrt in ihm den Gründer der Siedelungsgenossenschaft Freidorf und den Schöpfer eines Genossenschaftlichen Seminars.»

Diese akademische Ehrung ist uns doppelter Freude wert, denn sie anerkennt und belohnt die grosse Lebensarbeit Jæggis und zeichnet zugleich die Genossenschaftsbewegung aus, der diese Arbeit bisher gegolten hat und weitergelten wird.

In unseren Kreisen ist man im Grossen und Ganzen darüber unterrichtet, was Bernhard Jæggi während ungefähr dreissig Jahren auf dem Gebiete der Konsumvereinsbewegung geleistet hat. Es wurde bei verschiedenen Anlässen dankbar anerkannt. Dass nun auch aus wissenschaftlichen Kreisen eine Anerkennung kommt, bereitet uns grosse Genugtuung, weil sie erkennen lässt, dass unsere Sache auch dort als volkswirtschaftlich bedeutungsvoll bewertet wird. Erfreulich ist auch der Hinweis auf die grosse Arbeit, die Jæggi zum allgemeinen Wohle geleistet hat, denn er zeigt, dass diese vielfach im Stillen erfüllte Arbeit nicht unbeachtet geblieben ist.

Unserm Ehrendoktor entbieten wir ein herzliches Glückauf zu weiterer Wohlfahrtsarbeit!

Aus dem Genossenschaftsrat des A. C. V. beider Basel.

Auf Wunsch der Gruppe sozialdemokratischer Genossenschaftsräte veröffentlichen wir nachstehend die Interpellationsbegründung des Herrn L. Roulet über den Streik im A. C. V. Zugleich lassen wir auch die Antwort folgen, die Herr Zentralverwalter Angst darauf erteilt hat. Im übrigen verweisen wir auf den in der nächsten Nummer erscheinenden Bericht über die Genossenschaftsratssitzungen, in denen die Angelegenheit behandelt wurde.

Herr Roulet führte folgendes aus:

Vor der Begründung unserer Interpellation legen wir Wert darauf, mit allem Nachdruck hier festzustellen, dass die Gruppe Genossenschaftsräte der Sozialdemokratischen Partei seit Jahren bestrebt war, die bestehende Spannung zwischen Personal und Leitung der Genossenschaft zu beseitigen. Als überzeugte Anhänger der Genossenschaftsbewegung und der modernen Arbeiterbewegung waren wir immer bereit, alle Bestrebungen zu unterstützen, welche das Ziel verfolgen, den Frieden im A. C. V. zu sichern und durch eine vernünftige Verständigung die Gegensätze zu überbrücken.

Diese Aufgabe ist nicht immer leicht und dankbar gewesen. Viele Schwierigkeiten standen im Wege und unsere Bemühungen wurden sehr oft von verschiedenen Seiten in unverantwortlicher Weise diskreditiert und bekämpft. Wie hat z. B. die genossenschaftliche Presse gegen uns gehetzt?

Eine starke Ueberzeugung hat uns stets geleitet. Wir fühlten, dass die Erhaltung des Friedens eine unbedingte Notwendigkeit für das Gedeihen des A. C. V. ist, und wir waren darüber nicht im Zweifel, dass das Werk zehnjähriger Arbeit in zwei oder drei Tagen vernichtet werden könnte. Wir waren uns unserer Verantwortung bewusst und für uns war nur ein Weg offen: Eine Verständigung zu suchen, durch welche die Interessen der Genossenschaft und des Personals gewahrt werden.

Heute, wo so viel Unheil angerichtet worden ist, haben wir wenigstens die Genugtuung, dass wir unsere Pflicht erfüllt haben. Die Verantwortung für die gewaltige Schädigung, welche unsere Genossen-

schaft jetzt trifft, liegt nicht auf uns, sondern auf denjenigen, welche trotz unserer Warnungen diese traurige Situation systematisch geschaffen haben.

Die bürgerliche Mehrheit hat alle Veranlassung, auf ihre Leistungen stolz zu sein.

Trotz unserer Warnung hat sie die Einführung der Nachtarbeit in unserer Bäckerei beschlossen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass diese ungesetzliche Massnahme für das Personal unannehmbar ist. Die drohende Situation ist dadurch gelöst worden, dass das eidgen. Arbeitsamt in Bern die Ermächtigung zur Einführung der Nachtarbeit verweigert hat.

Dann folgte die Kündigung der Tarifverträge. Die Begleiterscheinungen sind Ihnen noch bekannt. In stürmischen Versammlungen wurde der Kampf gegen diese Kündigung eröffnet. Sie konnte dank der schwachen bürgerlichen Mehrheit durchgeführt werden. Die starke Misstimmung, welche diese unglückliche Massnahme in unserm Personal hervorgerufen hat, hätte Ihnen als Warnung dienen sollen. Aber Sie waren mit Blindheit geschlagen.

Da kamen die schwierigen Verhandlungen im Aufsichtsrat und im Genossenschaftsrat. Die Linksparteien machten eine starke Opposition: die Verlängerung der Arbeitszeit und die Einführung des Akkordlohnes stiessen auf einen begründeten Widerstand. Eine Lösung musste gefunden werden. Die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen erkannten den Ernst der Situation. Es fanden Unterhandlungen statt und eine Einigung zwischen der Verwaltungskommission und dem V. H. T. L. und Metallarbeiterverband kam schliesslich zustande. Sowohl der Genossenschaftsrat wie auch der Aufsichtsrat sind von den getroffenen Abmachungen genau unterrichtet worden.

Das Personal machte weitgehende Konzessionen, um einen Kampf zu vermeiden und unsere Gruppe stimmte der Vereinbarung nur schweren Herzens zu.

Nun kam die grosse Ueberraschung: Der Aufsichtsrat lehnte den Vertrag ab, trotzdem Herr Zentralverwalter Angst mit aller Deutlichkeit in der betreffenden Aufsichtsratssitzung durch Protokollauszug den Beweis leistete, dass die Behördemitglieder von den getroffenen Abmachungen und Vereinbarungen genau unterrichtet wurden. Herr Zentralverwalter Angst verbarg seine Entrüstung nicht über die sonderbare und gefährliche Haltung der bürgerlichen Gruppe.

Diese Tatsachen müssen festgenagelt werden und Herr Angst wird sicherlich die grosse Verantwortung der bürgerlichen Gruppe nicht bestreiten können.

Nein, meine Herren! Alle Ihre Anstrengungen, um sich rein zu waschen, sind zwecklos. Ja sogar, wenn Herr Dr. Schär sein Leiborgan «Der Schweiz. Konsumverein», dazu missbraucht, wie das heute der Fall ist. Das kennzeichnet ihre Haltung, dass sie die Zeitungen des V. S. K., welche eine neutrale Stellung beobachten sollen, als Propagandablätter der bürgerlichen Gruppen benützen. Diese einseitige Berichterstattung ist zwar nichts Neues. Die gleiche Beobachtung haben wir anlässlich der letzten Genossenschaftsratswahlen gemacht. Wir erheben dagegen einen energischen Protest.

Hier sind einige allgemeine Bemerkungen am Platz. Die wichtigen und schwierigen Arbeitsfragen wurden seit 6—7 Jahren im A. C. V. in einer sehr unglücklichen Art erledigt. Anstatt dass man, wie in der Vergangenheit, den Weg der Verständigung betrat und die Arbeitervertreter an den Unterhandlungen mitwirken liess, zeigte sich die V.-K. unbeweglich und lehnte alle Forderungen kategorisch ab. Die bürgerliche Gruppe unterstützte ständig diese Stellungnahme. Vor sechs und drei Jahren gelang es ihnen zweimal, ihren Willen durchzusetzen und alle unsere Warnungen blieben erfolglos. Wir waren durch unsere ständige Fühlungnahme in der Lage, die Verhältnisse genau zu beurteilen und die Erbitterung des Personals war für uns kein Geheimnis.

Eine Politik der Versöhnung und der Vernunft hätte vielleicht die Situation gerettet. Aber das durfte nicht sein. Die V.-K., unterstützt durch die bürgerliche Mehrheit, schlug einen Weg ein, der unbedingt zur Katastrophe führen musste. Nie war unsere V.-K. so schlecht beraten als da sie eine Kündigung der Verträge beantragte. Lesen Sie nachträglich die Protokolle der Sitzungen des Aufsichtsrates und des Genossenschaftsrates. Alles, was wir befürchtet haben, hat sich erfüllt. Hätten Sie unserem Rat gefolgt, so wäre die ganze Katastrophe verhütet worden. So geht es, wenn man die Minderheit ständig als quantité négligeable behandelt, oder wenn man den Kontakt mit der Arbeiterschaft verliert. Ja, diejenigen, welche diese Kündigung beantragt und ihr zugestimmt haben, haben frivol gehandelt. Das muss hier offen und deutlich erklärt werden.

Was waren die Beweggründe der bürgerlichen Gruppen? Die Christlichsozialen, welche sich breitgemacht haben und tonangebend sind, glaubten die Zeit für gekommen, die verhassten Organisationen der Arbeiterschaft zu bodigen. Man schrie auf den roten Terror, auf den Zwang und die Unterdrückung. Das sind leere Schlagwörter.

Die Herren Ursprung, Zgraggen und Konsorten wollten ihre Herrschaft verbreiten. Da liegt der wahre Grund. Herr Zgraggen — der merkwürdigerweise seine klangvolle Stimme wieder gefunden hat und der vorgestern im Grossen Rat den traurigen Mut besass, neuerdings von Begehrlichkeit des Personals zu reden (der Mann hat wirklich eine plumpe Art, die Rollen zu vertauschen) —, beklagte sich am Montag, dass die Roten über das Arbeitsmonopol im A. C. V. verfügen. Dass das nicht wahr ist, weiss Herr Zgraggen so gut wie wir. Im Aufsichtsrat vertrat sein Parteifreund, Herr Ursprung, eine katholische Organisation von über 100 Verkäuferinnen. Zahlreiche katholische Angestellte, sogar in höchsten Stellungen, sind im A. C. V. beschäftigt.

Wenn diese Leute sich über einen roten Terror beklagen, so ist das eine glatte Erfindung.

Unsere Gewerkschaften sind überhaupt keine konfessionellen oder politischen Organisationen wie diejenigen der Christlichsozialen. In den freien Gewerkschaften wird nur die Erfüllung der Pflichten der Klassensolidarität verlangt. Ich will mich in die Familiengeschichten der bürgerlichen Gruppen nicht einmischen. Aber eine Feststellung muss ich doch machen. Was einsichtige Bürgerliche seit Jahren befürchtet haben (wir sind darüber sehr gut unterrichtet), tritt immer mehr zum Vorschein: Der christlichsoziale Igel nimmt immer mehr Platz in Anspruch. Die freisinnigen und evangelischen Hasen werden immer mehr gestossen und in die Ecken geschoben. Die letzte Bewegung hat das sehr deutlich bewiesen.

Nachdem das Personal um einen Vertrag beraubt wurde, kann man die eingetretene Erbit-

terung ohne weiteres verstehen. Unsere Gruppe stellte sich deshalb mit Entschiedenheit auf Seiten des Personals. Diese Stellungnahme war überhaupt gegeben. Die diktierte Verlängerung der Arbeitszeit hatte uns eine starke Enttäuschung gebracht und wir betrachteten diese Massnahme als ein Unheil für unsere Genossenschaft.

Deshalb begreifen wir nicht, warum die V.-K. den Vorschlag des Einigungsamtes, welches am ersten Streiktag zu dem Konflikt Stellung genommen hat, abgelehnt hat. Die Anerkennung des Vorschlages, d. h. die Aufhebung der Verlängerung der Arbeitszeit seitens der Leitung der Genossenschaft hätte sicherlich eine gute Wirkung ausgeübt und wäre geeignet gewesen, den Frieden zu bringen.

Die Ablehnung des Vorschlages des staatlichen Einigungsamtes erfolgte, ohne dass die Vertreter der Arbeiterschaft nur ein Wort zu sagen hatten. In einer Frage von solcher Wichtigkeit sind die Aufsichtsräte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien einfach ignoriert worden. Nur die Bürgerlichen sind zu Rate gezogen worden. Solche Zustände sind unhaltbar und mit aller Schärfe müssen wir gegen eine solche Verletzung der Rechte der Vertreter der Mitgliedschaft Protest einlegen.

Ist das nicht eine krasse Diktatur?

Eine grosse Enttäuschung hat uns ferner die V.-K. mit der Wahl von Dr. O. Schär als ihr Vertreter in der Einigungskommission gebracht. Der Aufsichtsrat bezeichnet sämtliche Delegationen, ja sogar in den Kreiskonferenzen, in denen keine Beschlüsse gefasst werden.

Aber da, wo es sich fast um die Existenz der Genossenschaft handelt, betrachtet man es als überflüssig, den Aufsichtsrat zu befragen. Die Minderheit wäre damit nicht einverstanden gewesen. Also lassen wir nur die Bürgerlichen entscheiden.

Für solche Machenschaften lehnen wir die Verantwortung ab.

Uebrigens muss man feststellen, wie vernünftiger die Streikleitung vorgegangen ist. Ihr Vertreter stand in keiner Beziehung zum Konflikt. Dr. O. Schär dagegen trägt — alles Leugnen ist umsonst — die grösste Verantwortung an den Zuständen, welche den Streik verursacht haben. Alle Fäden hatte er in der Hand, verkehrte mit der Regierung, mit der Polizei, obwohl er nicht mehr Recht besitzt als die andern Mitglieder des Aufsichtsrates.

Die Frage, warum der Einigungsvorschlag abgelehnt wurde, ist nicht nur von unserer Gruppe gestellt, sondern wir glauben, dass Tausende von Arbeitern und Angestellten auf unserer Seite stehen und das Vorgehen der Verwaltungskommission nicht verstehen können. Wieviele Male hat das Basler Volk in verschiedenen Abstimmungen seinen festen Willen bewiesen, jede Verlängerung der Arbeitszeit abzulehnen.

Die zweite Frage meiner Interpellation betrifft die Beschäftigung von Streikbrechern und die Verwendung von Polizisten zum Schutze der Arbeitswilligen. In einer Stadt, wo die Mehrheit der Mitglieder den Linksparteien angehören — die letzten Wahlen im Genossenschaftsrat haben diese Tatsache bewiesen (die Linksparteien haben immerhin in Basel 51 Vertreter und die Bürgerlichen 49 Vertreter) —, musste eine solche Massnahme eine ungeheure Entrüstung hervorrufen. Ja, die Antwort der V.-K. ist uns bekannt. Die Pflicht, die Milchversorgung zu sichern, hat dieses Vorgehen verursacht.

Man wird uns auch, wir erwarten das zum voraus, und Herr Zgraggen hat darüber sogar im Grossen Rat interpelliert, auf Gewalttätigkeiten einiger Personen aufmerksam machen. Wir sind die ersten, die solche Missgriffe bedauern. Die wirtschaftlichen Kämpfe bringen solche Begleiterscheinungen mit, für welche die Streikleitung sowie die Streikenden sehr oft mit Unrecht verantwortlich gemacht werden.

Unser grosser Vorkämpfer Jean Jaurès hat einmal in der französischen Kammer (es war im Juni 1906) eingehend sich mit dieser Frage beschäftigt. Ich bedaure, dass ich Ihnen die Ausführungen Jaurès nicht in französischer Sprache bekanntgeben kann. Einzelne von Ihnen haben es bitter nötig, mit mehr Sachlichkeit die wirtschaftlichen Kämpfe zu beurteilen.

Jaurès machte auf die Ungleichheit bei der Beurteilung der Anwendung der Gewalt aufmerksam. Er sagte: «Bei dem Arbeiter kann auf der Strasse jede Bewegung, jedes Wort, jede Handlung festgestellt werden. Für jede Tat kann der Arbeiter zur Verantwortung gezogen werden. Die Kampfbedingungen sind für die Arbeiterschaft äussert schwierig. Der Unternehmer dagegen braucht keine Gewalt. Er kann seine Vorkehrungen treffen, ohne dass die Oeffentlichkeit nur etwas davon merkt. Keine drohende Bewegung, kein Kraftwort sind nötig. In einem ruhigen Zimmer werden die Verfügungen getroffen. Dort wird beschlossen, dass die Arbeiter, welche den Kampf fortsetzen, einfach brotlos gemacht werden. Dort wird die schwarze Liste, welche für viele die Vernichtung der Existenz bedeutet, aufgestellt. Alles geht da geräuschlos zu. Das ist die mörderische Arbeit der Maschine, die in ihrem Trieb- und Walzwerk, in ihren Riemen den Menschen erfasst, ihn lebendig zerfleischt, ohne dass das leiseste Knistern der Maschine hörbar wird.»

Brauchen Sie Beweise dafür? Die Verwaltungskommission beantragte vor acht Tagen die Kündigung der Anstellung von 154 Arbeitern der Genossenschaft (Schuhmacher, Metzger, Bäcker). Für diese Angelegenheit, deren Bedeutung niemand bestreiten wird, ist nicht einmal eine Sitzung des Aufsichtsrates notwendig. Der Entscheid sollte, mit Einverständnis des Präsidenten des Aufsichtsrates, durch Zirkulationsbeschluss gefasst werden. Eine solche Erledigung musste selbstverständlich für die Vertreter der Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit verurteilt und abgelehnt werden.

Was die bürgerlichen Gruppen am Streik-Donnerstag geleistet haben, ist auf diese Stufe zu stellen. Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes, mag die Genossenschaft zugrunde gehen. Die Drohung der Verschacherung einzelner Betriebe des A. C. V. (Schlächterei, Bäckerei, Brennmaterialgeschäft) nehmen wir wahrhaftig nicht ernst. Sie leistet nur den Beweis der genossenschaftlichen Gesinnung, welche in diesen Kreisen herrscht. Dass solche Ideen propagiert werden, ist eine ungeheure Schädigung für den A. C. V. und eine unerhörte Provokation gegenüber dem Personal der Genossenschaft. Wer für den Abbau der Genossenschaft eintritt, beweist seine Unfähigkeit, an der Leitung des A. C. V. mitzuwirken. Dass Herr Dr. Oskar Schär, welcher an der Spitze der schweiz. Genossenschaftsbewegung steht, der die Aufgabe hat, für die Förderung der Gemeinwirtschaft einzutreten, die Leitung der

bürgerlichen Gruppe führt, muss hier mit allem Nachdruck festgehalten werden.

Unsere Beschwerde richtet sich gegen die Leitung des A. C. V., die nach Hilfe der Polizei rief, ohne zu überlegen, dass die Arbeiterschaft, welche die Stärke der Genossenschaft bildet, eine solche Massnahme mit aller Schärfe verurteilen muss.

In einer Genossenschaft können Vorkehrungen, welche von einem grossen Teil der Mitglieder mit aller Entschiedenheit missbilligt werden, nicht getroffen werden. Der Kampf geht vorbei, aber die Wirkungen solcher Massnahmen bleiben bestehen. Gouverner, c'est prévoir.

Mit Hilfe von Streikbrechern und der Polizei können Sie niemals die Genossenschaft retten. Die Genossenschaft braucht vor allem das Vertrauen, die Unterstützung der grossen Masse der Arbeiterschaft. Ist dieses Vertrauen nicht vorhanden, so sind alle ihre Bemühungen, alle ihre Vorkehrungen umsonst.

Anfangs September hat der A. C. V. einen schlimmen Tag gehabt. Die Ablehnung der Anträge der Arbeiterschaft, gegen die Zollpolitik des Bundesrates Stellung zu beziehen, hat eine grosse Entrüstung verursacht. Die Herren Bürgerlichen in Zürich sind gescheiter gewesen als die Basler. (Dort stehen sie nicht unter der Leitung des Herrn Dr. Schär.)

Diese unglückliche Politik hat den höchsten Punkt erreicht in dem unverantwortlichen Beschluss des Aufsichtsrates, den Tarifvertrag abzulehnen.

Diese bürgerliche Mehrheit trägt deshalb die Verantwortung für den Streik. Diese bürgerliche Mehrheit ist ein Unheil für unsere Genossenschaft.

Was durch diese Mehrheit geleistet worden ist, ist eine vollständige Verkennung der Mentalität der Mitglieder, eine schwere Schädigung der Interessen der Genossenschaft.

Wir fordern die V.-K. auf, uns Aufklärung über ihre Massnahmen zu geben. Wir ersuchen die V.-K. dringend, alle Vorkehrungen zu treffen, um in Zukunft einen dauernden und aufrichtigen Frieden mit der Arbeiterschaft zu sichern und zu unterhalten.

Mehr als je braucht unsere Genossenschaft die Unterstützung des werktätigen Volkes. Kann der A. C. V. durch eine zielbewusste und fortschrittliche Konsumentenpolitik das verlorene Vertrauen wieder gewinnen, so werden die Nachwirkungen des Kampfes bald verschwinden. Die Arbeiterschaft wird wieder treu zur Genossenschaft stehen. Sie wird mit aller Energie dafür kämpfen, dass die Positionen, welche während des Kampfes verloren gegangen sind, wieder erobert werden können. Die Arbeiterschaft wird neuerdings beweisen, dass sie nicht Genossenschafter der Worte, sondern der Tat ist. Nötig ist vor allem, dass die V.-K. uns eine Antwort erteilt, die einer wahren genossenschaftlichen Gesinnung entspricht und die den Weg der Verständigung ebnet. Die gesamte Arbeiterschaft erwartet eine solche Antwort!

Herr Zentralverwalter Angst antwortete auf diese Ausführungen des Herrn Roulet folgendes:

Herr Roulet fragt, aus welchen Gründen die Verwaltungskommission den Verständigungsvorschlag des Staatlichen Einigungsamtes abgelehnt habe. Wir benachrichtigten schon am Freitag den Präsidenten des Staatlichen Einigungsamtes, dass ein Konflikt mit unserem Fahrpersonal auszubrechen drohe. Wir wurden alsdann auf Mittwoch, nachdem der Streik zur Tatsache geworden war, zu einer Verhandlung vor Einigungsamt eingeladen. Ich konstatiere, dass das Fahrpersonal die Verhandlungen vor Einigungsamt nicht abgewartet hat, sondern vorher in den Streik getreten ist. Es wollte den Streik. —

Das Einigungsamt hat uns einen Einigungsvorschlag unterbreitet, der mir am Mittwoch abends ½10 Uhr telephonisch mitgeteilt wurde. Ich machte meinen Entschluss in dieser Angelegenheit von der Zustimmung des Personals abhängig. Bald darauf erhielt ich jedoch den Bericht, das Personal habe den Vergleichsvorschlag abgelehnt, Es wurde mir mitgeteilt, ein Vertreter der Organisation habe sich bei Bekanntwerden des Vorschlages geäussert: «So, jetzt haben wir die Reduktion der Arbeitszeit erreicht, jetzt gilt es, auch die Lohnforderung noch durchzubringen.»

Es geht aus dieser Aeusserung hervor, dass die Personalorganisationen von Anfang an den Willen hatten, den Vergleichsvorschlag abzulehnen.

Aus welchen Gründen die Verwaltungskommission während des Streikes die Betriebe durch Aushilfspersonal unter polizeilichem Schutz aufrecht zu halten suchte, habe ich bei der Beantwortung der Interpellation des Herrn Baumgartner bereits ausgeführt.

Es wird erklärt, es seien die für den Streik Verantwortlichen zu ermitteln. Ich konstatiere nochmals, dass die Fuhrleute, die im V. H. T. L. organisiert sind, die 49½-Stundenwoche angenommen und auf eine Lohnerhöhung verzichtet hatten. Ich konstatiere ferner, dass das Fahrpersonal des A. C. V. bedeutend besser gestellt ist als in den Privatbetrieben, vielleicht die Firma Bell ausgenommen. Wenn wir jedoch die Versicherungsleistungen dazunehmen, so übertreffen unsere Ansätze auch diejenigen der Firma Bell. Ausdrücklich sei bemerkt, dass der V. H. T. L. mit einer Reihe von privaten Betrieben Tarifverträge abgeschlossen hat, die weitaus schlechtere Arbeitsbedingungen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit enthalten, als das Lohnreglement im A. C. V. aufweist.

Ich habe schon oft betont, dass die Konkurrenzfähigkeit des A. C. V. gegenüber den Privatbetrieben in verschiedenen Artikeln nicht mehr besteht. Auch die Mitglieder der äussersten Linken haben das schon wiederholt erklärt. Kürzlich habe ich vernommen, dass die Migros A.-G. beabsichtige, nach Basel zu kommen und, ähnlich wie in Zürich und andern Orten, durch ihre fahrenden Läden die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Sie hat herausgefunden, dass beim gegenwärtigen Preisstand des A. C. V. die Gelegenheit für sie günstig sei. Die Migros A.-G. will speziell unserem Warengeschäft eine empfindliche Konkurrenz bereiten. —

Wie schon erwähnt, haben wir mit dem Personal verhandelt und auch dem Staatlichen Einigungsamt rechtzeitig Bericht gemacht. Allein das Personal wollte keine Verhandlungen vor Einigungsamt, sondern den Streik. Trotzdem soll nun die Verwaltungskommission schuld am Streik sein. Wir werden natürlich auch verantwortlich gemacht für die vielen Sabotageakte und die Gewalttätigkeiten, die sich die Streikenden gegen die Aushilfsarbeiter und auch die Verkäuferinnen und Gehilfinnen zu schulden kommen liessen. Eine Verkäuferin musste infolge eines erlittenen Nervenschockes in Spitalbehandlung gebracht werden.

Die Organisationen erklären, sie hätten gesiegt! Wie dieser Sieg aussieht, können Ihnen die Milchführer, die Bäcker und andere Betriebsarbeiter, die jetzt nicht mehr voll beschäftigt werden können, des näheren berichten. Wir haben dem Frieden zuliebe zuletzt nachgegeben. Der Schiedsspruch hat für den A. C. V. immerhin das Gute, dass bei Arbeitsmangel die Arbeitszeit unter entsprechender Reduktion des Lohnes verkürzt werden kann. Es wird sich nun bald zeigen, wer an diesem Streik die Leidtragenden sind.

Es wird erklärt, die Verwaltungskommission habe das Vertrauen verloren. Das wurde immer gesagt, wenn der Sprechende in Vertretung der Mitgliederinteressen die unberechtigten Forderungen des Personals zurückwies. Ich bin bald an derartige Dinge gewöhnt. Bei Ihnen wechseln eben «Hosianna» und «kreuzige ihn» in raschem Wechsel miteinander ab. — Gewisse Kreise verlangen, dass die jetzige Leitung zurücktrete. Ich kann denselben diesen Gefallen nicht erweisen. Das geschieht nicht aus Egoismus, aber ich habe das Gefühl, dass ich für die nächste Zeit noch notwendig bin, um zusammenzuhalten, was noch zusammengehalten werden kann. Schon oft habe ich erklärt: der A. C. V. muss neutral sein oder er wird bald nicht mehr sein. Ich bin auch heute noch dieser Ueberzeugung.

Ich habe letzter Tage vernommen, dass in gewissen Kreisen von einem Kollektivaustritt gesprochen wird. Ferner wird der Gedanke erwogen, ob nicht die Landschaft wieder eine selbständige Genossenschaft bilden solle. Also nicht Vereinigung, sondern Trennung! Ein Auseinanderfallen der Genossenschaft bedeutet aber für die Rumpfgenossenschaft den Ruin. Wenn durch Austritt und Abtrennung eine Umsatzverminderung von ca. 10 Millionen Franken erfolgen wird, so wird das einen Rückgang des Ueberschusses von mindestens 2 Millionen Franken ausmachen. Die Spesen können nicht wesentlich verringert werden, da alle Betriebe aufrecht erhalten werden müssen. Die Folge wäre, dass innert Jahresfrist der Reservefonds unserer Genossenschaft, der das Vermögen darstellt, nahezu aufgezehrt würde.

Ein Hauptgrund, warum ich der Aufforderung zum Rücktritt nicht folgen kann, ist die Sicherung der Spar- und Obligationenguthaben der Mitglieder. Die Herren von der äussersten Linken wissen, dass sie bei den übrigen Bevölkerungskreisen in bezug auf die Verwaltung von Geldern nicht in hohem Ansehen stehen. Wir sind sicher, dass bei einer kommunistischen Leitung ein grosser Teil der Spar- und Obligationengelder zurückgezogen würde. Dies würde nicht nur von bürgerlicher Seite, sondern bald auch von seiten der organisierten Arbeiterschaft erfolgen. Wenn jedoch nur die Hälfte von den 22 Millionen Franken Leihgelder gekündet würde, so wären wir kaum imstande, das Geld aufzubringen. Auf unsere Betriebsanlagen bekämen wir nur wenig, da sie nur dann einen Wert haben, wenn sie im vollen Betrieb sind. Auf unsere Wohn- und Ladenlokale könnten wir vielleicht von Banken einige Millionen erhalten. Ferner müssten wir die Hypotheken und Baukredite, die wir den Wohngenossenschaften gewährt haben, künden, wobei jedoch diese ebenfalls in Schwierigkeiten geraten würden. Was dann weiter folgen wird, können Sie sich selbst denken. Ein geschäftliches Unternehmen, das mit fremdem Geld arbeitet, kann eben derartige Experimente, wie Sie sie vorhaben, nicht ertragen.

Es wird der Verwaltung Unfähigkeit vorgeworfen. Glauben Sie, dass durch unfähige Leute der A. C. V. die heutige Stufe der Entwicklung erreicht hätte? Können Sie behaupten, dass der frühere Aufsichtsrat und Genossenschaftsrat diese Entwicklung herbeiführten? War es denn nicht so, dass der Aufsichtsrat die Entwicklung dadurch gefördert hat, dass er den wohlüberlegten Vorschlägen der Verwaltungskommission zustimmte? Nun ist diese Leitung auf einmal unfähig geworden, weil sie den Begehren des Fahrpersonals nicht nachgab. Dass diese Begehren unberechtigt waren, geht ja, wie schon erwähnt, aus dem Vergleich mit den andern Tarifverträgen hervor, die der V. H. T. L. mit privaten Unternehmern abgeschlossen hat. Es scheint uns eben nicht richtig zu sein, dass die Privatwirtschaft durch die Gewerkschaftsorganisationen vor der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft begünstigt wird. An die privaten Unternehmungen hätte der V. H. T. L. nicht gewagt, derartige Forderungen zu stellen. Beim A. C. V. schreitet man zum Streik, wenn solche Begehren nicht erfüllt werden.

Der Spruch der Einigungskommission ist nicht dahin auszulegen, dass dieselbe in ihrer Mehrheit die Begehren für berechtigt gehalten hätte; es war der Einigungskommission nur darum zu tun, eine möglichst baldige Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Da die Arbeiterschaft aber nicht nachgeben wollte, so hat diese Kommission dem A. C. V. Lasten auferlegt, von deren Berechtigung sie offenbar selbst nicht überzeugt war. —

Die Verwaltungskommission ist bereit, den Frieden mit dem Personal so weit als möglich wieder herzustellen. Aber dazu braucht es auf beiden Seiten den Friedenswillen, und wir wollen nun sehen, ob auch das Personal davon beseelt ist.



Betrachtungen zum Basler Streik.

2. Der Streik.

Dass im A. C. V. ernstere Differenzen zwischen der Gewerkschaft und den leitenden Stellen bestanden, vernahm die breite Oeffentlichkeit am 20. Oktober durch die Tagespresse, welche mitteilte, dass der A. C. V. für Fuhrleute gesperrt sei. Eine derartige Massnahme brauchte noch nicht beunruhigend zu wirken, besonders nicht auf diejenigen, die wissen, dass das Verhängen der Sperre mitunter aus Verlegenheit erfolgt, etwa wenn man einen Streik nicht riskieren will oder nicht riskieren darf. Hier zeigte sich aber auffallend rasch das Gegenteil: schon am 24. Oktober kam es zur Arbeitseinstellung der Fuhrleute. Man hatte es also wirklich sehr eilig mit dem Einsetzen des letzten Kampfmittels, jedenfalls viel eiliger als in manchen Fällen, wo in kapitalistischen Betrieben zum Streik geschritten wird. Diese Eile muss aber noch mehr auffallen, wenn in Betracht gezogen wird, dass die Differenzen sich nicht um so Wichtiges drehten, dass ein paar Tage Streikaufschub für die Beteiligten undenkbar hätte sein müssen. Um Sein oder Nichtsein handelte es sich für die Fuhrleute überhaupt nicht. Es scheint, dass man auf Arbeiterseite sehr auf das Losschlagen versessen war, und das seither bekundete krampfhafte Bemühen, die Schuld der Leitung der Genossenschaft aufzubürden, gibt zu dieser Annahme weitere Berechtigung.

Die Schuldfrage? Hat es einen Zweck, sich in grosse Untersuchungen darüber einzulassen, wer da Fehler begangen und demgemäss die Schuld auf sich nehmen soll? Damit würde man vielleicht doch nicht zur Klarheit kommen, aber man würde den Standpunkt verlassen, dass in einer Genossenschaft überhaupt nicht gestreikt werden darf. Wir wissen ja, wie verächtlich einer derartigen Auffassung von denjenigen begegnet wird, die der verbohrten Meinung sind, dass der Klassenkampf auch in die Genossenschaft hineingetragen werden soll. Dabei sehen wir nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten. Wo das Wesen der Genossenschaft so aufgefasst wird, als bedürfe es zu seiner Läuterung des Kampfes gegen politisch Andersdenkende, da ist vieles, selbst das Verkehrteste und Unsinnigste zu gewärtigen. Und in Basel hat man in dieser Hinsicht das Möglichste getan. Was da geleistet wurde, ging weit über das hinaus, was man noch einen mit Würde und Disziplin geführten Streik nennen durfte. Spektakel, Sabotage und Verwüstung von Lebensmitteln waren seine nie erlebte Art. Wir möchten bezweifeln, ob bei Arbeitseinstellungen, wo mehr Tausende als hier Hunderte im Streik waren, ein solcher Einsatz von Kampfmitteln geleistet würde. Die Fuhrleute müssen ihrer Kraft misstraut haben, sonst hätten sie die Wirkung ihrer Arbeitsverweigerung fast ruhig abwarten können. Der A. C. V. kann ohne eine geregelte Zufuhr den Verteilungsdienst bei weitem nicht so ausüben, wie der gewaltige Konsum es erfordert. Bei einem Fuhrleutestreik durfte die Verwaltung kaum darauf rechnen, dass es ihr gelingen könne, den Angriff abzuschlagen.

Warum liessen es die Behörden gleichwohl zum Kampfe kommen? Viele vermögen die ablehnende Haltung nicht zu begreifen und sind deshalb eher geneigt, sie auf pure Steckköpfigkeit zurückzuführen. Den Eingeweihten ist die Sache klar: Der verantwortliche Teil der Behörde, d. h. die Mehrheit, wollte vor den gewerkschaftlichen Drohungen nicht immer und immer zurückweichen. Ein Streik war im A. C. V. nicht für alle Zeiten zu vermeiden; im Arbeitspersonal war die Mentalität da, die eine Arbeitseinstellung in der Genossenschaft mindestens nicht scheute, sondern lieber begehrte, und das durch zwei politische Richtungen entstandene Wetteifern um die Seelen der A. C. V.-Arbeiter hat diesen Wünschen entschieden Vorschub geleistet. Nun ist, was unter solchen Verhältnissen früher oder später kommen musste, im Oktober 1929 gekommen. Das Pressieren war so stark, dass derjenige, der sich durch den riesigen Wortschwall nicht am Denken hindern liess, doch fragen musste, ob nicht eine zu unbändige Streiklust das Ereignis, wenn nicht ganz, so doch zum grössten Teil mitverschuldet habe.

Die Streikanhänger schieben alle Schuld der «bürgerlichen Reaktion» zu, von der schon immer gesagt wurde, dass sie den A. C. V. ins Verderben führen werde. Am Tage des Streikausbruches hat uns ein in den Genossenschaftsbehörden während mehrerer Jahrzehnte tätiger Sozialdemokrat gesagt, dass die Bürgerlichen in der ganzen Zeit, wo die Sozialdemokraten (später mit den Kommunisten) die Mehrheitsstellung einnahmen, fast allen Beschlüssen zugestimmt haben. Der betreffende Genossenschafter wollte mit dieser Aeusserung beweisen, dass, wenn später von einer roten Misswirtschaft gesprochen worden sei, die bürgerlichen Gruppen daran auch ihren Anteil haben. Er hat mit dieser Behaftung aber auch noch dieses andere festgestellt: es gibt keine bürgerliche Reaktion, sondern das, was sein muss: die verständnisvolle bürgerliche Mitarbeit in der Genossenschaft. Etwas vom englischen «fair play», das dadurch bekundet wurde, hat leider von den proletarischen Gruppen nicht aufgebracht werden können.

Der Boykott.

Seinen grossen Schadenfall hat der A. C. V. nicht nur deshalb erlitten, weil die Fuhrleute in den Streik getreten sind, sondern weil die bestreikte Genossenschaft auch noch boykottiert wurde. Damit liess sich die denkbar wildeste Kampfführung bewerkstelligen, wobei Frauen und sogar Kinder eingesetzt wurden. In den Läden einen unglaublichen Radau entfachen, die Warenbezügerinnen belästigen, das Verkaufspersonal bedrohen und beschimpfen, in Milchkannen spucken, Brot auf die Strasse werfen, johlend, wenn nicht sogar brüllend, durch die Strassen ziehen — das war der Kampf um das hohe moralische Recht, das ihn ausgelöst haben soll. Ein Streik soll den Zweck haben, einen Betrieb zum Stillstand zu bringen. Die Streikaktion im A. C. V. bezweckte dies auch und so kann man der Meinung sein, sie hätte am besten gelingen müssen, wenn möglichst viele Warenbezüger das, was sie verlangten, nicht hätten erhalten können. Statt diese Schwierigkeiten zu begünstigen, wurden die Mitglieder genötigt, ihre Bezüge beim A. C. V. einzustellen. Dass damit eine zweischneidige Waffe zur Anwendung gelangte, hat sich dann bald herausgestellt; in einzelnen Betrieben musste die Arbeit ganz oder teilweise eingestellt werden und nach Beendigung des Fuhrleutestreiks war es nicht möglich, die Vollarbeit aufzunehmen. Es wollte einem fast komisch vorkommen, als dann die gleichen Leute, die wütend den Boykott ausgerufen, beinahe bittend zur Rückkehr in die A. C. V.-Läden aufforderten. Die Kommunisten haben dafür gesorgt, dass die Stimmung im A. C. V. noch auf Monate hinaus eine kriegerische bleibt. Das Begehren um Abberufung der Genossenschaftsbehörden ist da und wird der Abstimmung unterstellt: vielleicht muss es zu Neuwahlen kommen, und wenn die Hoffnungen auf die Rückgewinnung der Mehrheit für die proletarischen Parteien in Erfüllung geht, so bleibt noch sehr fraglich, ob dann alles glatt ins Alte zurückgleiten kann. Die Taten des Oktober waren jedenfalls kräftiger als vernünftig, und noch bestehen keine Anzeichen, die es gestatten, für den A. C. V. auf eine Zukunft zu hoffen, in der durch viel Vernunft gutgemacht werden kann, was durch Sperre, Streik, Boykott und Gewalttätigkeiten so schlimm angerichtet wurde.



Die „Opposition".

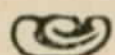
Wir haben uns daran gewöhnt, dass auf alles das, was etwa von Berner Seite oder aus andern Kreisen im Sinne einer Kritik am V. S. K. oder am A. C. V. geschrieben wird, von den offiziellen Verbandsorganen in Basel sofort reagiert wird. Wir sind auch durchaus nicht unglücklich darüber. In der vorletzten Nummer des «Konsument» steht ein Hinweis auf einen Artikel in den «Basler Nachrichten», der die blödsinnige Behauptung aufstellte, die mehr links gerichteten Konsumvereine beabsichtigten, mit der Zeit eine eigene Verkaufszentrale zu errichten und sich so vom V. S. K. unabhängig zu machen. Indem wir auf diesen Unsinn

aufmerksam machten, sprachen wir die Hoffnung aus, Herr Dr. O. Schär werde dieser Korrespondenz in den «Nachrichten» fernstehen.

In der letzten Nummer des «Konsumverein» stösst man sich nun an dieser von uns ausgesprochenen Hoffnung und erklärt das Stillschweigen der Verbandspresse zu den Auslassungen in der genannten Basler Zeitung damit, dass man es nicht für nötig erachtete, die der Berner «Opposition» angedichtete Absicht selbst zurückzuweisen. Wir haben mit unserer Glossierung des betreffenden Artikels absichtlich so lange zugewartet in der Annahme, man werde in nächster Nähe der «Basler Nachrichten» von selbst einen solchen Unsinn gebührend ablehnen. Dass dies nicht geschehen ist, ist für uns nur erklärlich aus der Einstellung, die man bei einzelnen Verbandsfunktionären denjenigen gegenüber hat, die sich etwa ein Wort der Kritik am V. S. K. erlauben. Und dass diese Erklärung nicht ganz unrichtig ist, erhellt schon daraus, dass man z. B. den Antrag der Berner und des Kreisverbandes IIIa ohne weiteres auch im «Konsumverein» als Opposition schlechtweg bezeichnen kann.

Wenn der Artikel «Betrachtungen zum Basler Streik» zur Schlussfolgerung kommt, dass die Konsumvereinsbewegung des Vertrauens möglichst grosser Kreise bedarf und das Heruntermachen von führenden und leitenden Personen dieses Vertrauen erschüttert, dann möchten wir den Wunsch, die persönliche Verhetzung möchte nicht auf die Spitze getrieben werden, auch ausdehnen auf die Verhetzung, die gegen ganze Genossenschaften, welche mit gutem Recht und vollständig objektiv ihre Ansichten vertreten, offen und geheim getrieben wird.

Im übrigen scheint es uns an der Zeit, dass im «Konsumverein» endlich wieder zu andern Thematen zurückgekehrt wird. Es sei denn, dass die Diskussion auf eine noch breitere Grundlage gestellt werde, wobei alsdann auch der Standpunkt der in Frage kommenden Gewerkschaftsorganisationen mitangehört werden müsste. Wir denken aber, dies könne besser geschehen bei der Diskussion der Mittel, die zur Vermeidung derartiger Schädigungen am Genossenschaftswesen von den Instanzen des V. S. K. und der Gewerkschaften studiert werden. E. Mehlhorn-Bern.



Eine Entgegnung zum Artikel des Herrn Friedrich Heeb „Ueberflüssige Aufregung“.

Meines Erachtens haben die Leiter des Verbandes schweiz. Konsumvereine sehr gut getan, die früher verfolgte Politik in Zollfragen aufzugeben und sie den politischen Parteien zu überlassen.

Die «aktive Politik», die Herr Heeb und eine ganze Anzahl anderer Genossenschafter empfehlen, ist ein Spiel mit dem Feuer.

Was ist aktives Eingreifen in Wirtschaftsfragen? Ist es ein Demonstrieren gegen die Behörde und bleibt es bei diesem Demonstrieren, das ich schlechterdings als nutzlos betrachte, dann haben wir alle nur den Erfolg, dass die Landwirte misstrauisch gemacht werden und sich aus unsern Konsumvereinen zurückziehen. Will Herr Heeb mit seiner «aktiven Politik» weitergehen, dann müssen Initiativen aufgestellt und es müssen für deren Durchsetzung Schlachten geliefert werden. Gewiss eine ausserordentlich unerfreuliche Aussicht für diejenigen Genossenschafter, die den Frieden als wertvoller und nützlicher erachten! Es ist ein Gemeinplatz, aber angesichts der Vorgänge in unserer Bewegung kann er nicht laut und oft genug wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden: «Nur im Frieden gedeihen Handel und Wandel.» Kriege, seien es blutige mit der Waffe oder unblutige Wirtschaftskämpfe, müssen unbedingt die Entwicklung von Handel und Wandel stören, weil sie immer in ihren Auswirkungen eine Verschleuderung von Gütern bedeuten, seien diese Güter nun Kriegsmaterial aller Art oder verschleuderte Arbeitstage. Wir wollen uns diese Tatsache neuerdings ins Gedächtnis rufen. Offenbar sind die Kriegsfolgen bereits wieder stark am Vergessen.

Gerade weil nun die Auffassungen über die Zollpolitik und Schutzpolitik so sehr gespalten sind, wäre es ausserordentlich gefährlich, wenn wir Genossenschafter uns in diesen Kampf stürzen wollten.

Gewiss hat es etwas Heroisches an sich, wenn man nicht tatlos zusieht, wie die Oberen «alles falsch machen», sondern ihnen mal gehörig zeigt, wie sie die Sache richtig machen müssten. Diese Gesten haben aber noch gar nie Nutzen gebracht. Sie «vertäuben» letzten Endes immer nur beide Teile und die Genossenschaft hat den Nachteil.

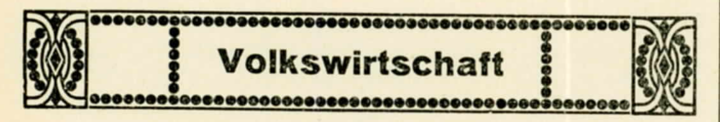
«Wozu nun alle diese Drohungen von Spaltungen?» fragt Herr Heeb. Sie sind im Irrtum, wenn Sie meine Ausführungen als Drohungen aufnehmen und als Drohungen auslegen. Ich habe deutlich erklärt, dass eine Spaltung für beide Teile sehr schädlich sein müsste. Damit habe ich klar erkennen lassen, dass mir eine Spaltung sehr schmerzlich wäre und dass ich alles versuchen möchte, um einer solchen vorzubeugen.

Wenn ich von Spaltung redete, so geschah es keinesfalls im Sinne einer Drohung. Ich wollte aber darauf hinweisen, dass naturnotwendig eine Spaltung komme, wenn die Konsumvereinsbewegung auf den Weg gedrängt wird, auf dem ein Teil der Mitglieder nicht mitgehen kann. Darin liegt denn doch ein ganz anderer Sinn, als der, welcher mir durch Herrn Heeb unterschoben wird.

Ich möchte Herrn Heeb anfragen, ob er wirklich so sicher ist, dass diese Spaltung ein Ding der Unmöglichkeit ist, wenn er die Haltung, die in letzter Zeit in gewissen Verbandskreisen eingenommen wird, ernstlich in Betracht zieht. Die Parteifanatiker in Basel und andern Orten reden ganz deutlich davon, dass der Streik der Fuhrleute eine erste Machtprobe gewesen sei, der noch andere folgen werden. Wollen Sie angesichts solcher Tatsachen noch weiter bestreiten, dass hier innere, geistige Zusammenhänge bestehen, dass eine «radikale Richtung» wirklich nicht vorhanden sei? Wenn ich mir vorstelle, wie wenig es braucht, um eine Genossenschaft in der Bevölkerung ins Misstrauen zu setzen und ihr sowohl Mitglieder als Konsumkraft zu entziehen, dann kann ich nicht so leichthin alle diese Zeichen übersehen. Ich kann mich nicht, wie Herr Heeb, damit begnügen zu sagen, «dass ja einstweilen noch gar keine Aussicht besteht, an einer Delegiertenversammlung des V. S. K. mit solchen Auffassungen die Mehrheit zu erlangen». Wenn sich aber solche Dinge langsam vorbereiten, so hat dies bereits zur Wirkung, dass der Zusammenhalt, der die Genossenschaften zur Weiterentwicklung bringen soll, in gefährlicher Weise gelockert wird. Auch ist es schwer, ja unmöglich, im gegebenen Moment die

auf gewisse Leitsätze eingeschworenen Massen zu zügeln. Herr Heeb weiss sicher genau so gut wie ich, in wie vielen Fällen die Masse der Hand der Führer entglitten ist und dann nicht wiedergutmachendes Unheil anrichtete. Seine Gesinnung in allen Ehren! Aber Herr Heeb muss dann doch nicht glauben, dass alle Genossenschafter nur nach reinen Idealen und wohl überlegten Zielen streben; wie oft müssen wir erfahren, dass der Appell an die niederen Instinkte nur zu leicht Widerhall findet, Basels A. C. V. kann ja davon ein neues und gewiss hässlich genug tönendes Lied singen. Daher: Hände weg von diesem Spiel mit dem Feuer! Hier kann nicht früh genug die Flamme ausgelöscht werden. Ob man will oder nicht, man muss an das Bestehen von inneren Zusammenhängen denken zwischen den Gruppen, die eine mehr aktive Politik des V. S. K. wünschen und jenen Gruppen, welche die Schaffung eines sogenannten «Arbeitsparlaments» fordern an Stelle der Delegiertenversammlungen. Haben jene Gruppen nicht etwa die Hoffnung, in jenem kleinern «Arbeitsparlament» zufolge der Grösse ihrer Vereine stärker vertreten zu sein und damit einen grössern Einfluss ausüben zu können, als ihnen eigentlich zukommt? Sie verzeihen, Herr Heeb, wenn einem besorgten Genossenschafter solche Bedenken aufsteigen. Ich sehe daher wirklich gar nicht ein, warum der Nachdenkliche den Streik im A. C. V. Basel, der zugleich ein Streit um die Macht in der Genossenschaft ist, mit diesen Fragen nicht in Zusammenhang bringen darf. Es ist unverkennbar, dass die Augen aller wahrhaften und ehrlichen Genossenschafter auf Basel gerichtet sind. Zu deutlich haben alle erkannt, welch unwürdiges Spiel dort getrieben wird und wie sehr die Genossenschaftsbewegung dort bereits zu andern Zielen ausgenützt wird und noch mehr ausgenützt werden will. Hier hilft nur die Selbstbesinnung, oder dann scheiden sich die Wege. Möge diese Selbstbesinnung einkehren, bevor nicht wiedergutzumachender Schaden entstanden ist. Die Verantwortung liegt zuerst bei den Führern, die bedenken müssen, wie unbesonnen die Masse handeln kann, wenn sie ihnen entgleitet. Basel hat da genug gezeigt.

Wenn der Artikel 2 der Statuten angerufen wird, so halte ich dem entgegen, dass er nötigenfalls revidiert werden sollte. Wir Genossenschafter haben einzig den Wunsch, in Frieden den Ausbau unserer Genossenschaften betreiben zu können. Die Vorzeit des V. S. K. hat deutlich genug gezeigt, dass alle diese früheren Wirtschaftskämpfe zu nichts gutem führten. ***



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Das finanzielle Erdbeben in New-York hat in letzter Zeit noch immer in neuen Kursstürzen nachgezittert und es fängt den Finanzmännern der alten und der neuen Welt darob an, unheimlich zu werden. Die Wertverminderung der amerikanischen Papiere seit dem schwarzen Donnerstag des 24. Oktober schätzt man nun auf dreihundert Milliarden Schweizerfranken und das ist ein Bissen, den auch der amerikanische Reichtum nicht so bald verdauen wird. Es ist daher durchaus begreiflich, dass die amerikanischen Bestellungen auf Schweizer Uhren bereits sehr nachgelassen haben und es werden zweifellos noch manche andere Industrien die Folgen der amerikanischen Krise bald verspüren.

In dieser Lage ist es fast ein Vorteil, dass die Amerikaner sich gegen ausländische Einfuhren durch ihre hohen Schutzzölle so stark verbarrikadiert haben, denn infolgedessen wird die amerikanische Industrie die meisten und schwersten Schläge der Krise aushalten müssen. Schon jetzt ist in den amerikanischen Zeitungen das Angebot an gebrauchten Automobilen gewaltig angeschwollen und die amerikanischen Automobilfabrikanten werden gut tun, sich auf einige magere Jahre gefasst zu machen. Das wird dann wieder eine verschärfte Konkurrenz auf den europäischen Märkten nach sich ziehen.

Dabei herrscht in der ganzen Weltwirtschaft, ausgehend von den Börsen, das Gefühl der Unsicherheit, grosse Bankbrüche und Insolvenzen von Grossunternehmungen sind in ganz Europa an der Tagesordnung, die Ausfuhrzahlen der schweizerischen Handelsstatistik sind im Rückgang, die Verkehrsgewerbe der Schweiz haben aus dem schönen Sommer dieses Jahres nicht den Gewinn erzielen können, den sie erhofften, weil die Kaufkraft des Auslandes nachzulassen beginnt. Es wäre kein Wunder, wenn diese Anzeichen eine allgemeine Depression der Weltwirtschaft ankündigten.

Aus Russland ist die Nachricht gekommen, dass eine grosse Anzahl deutscher Bauern, die bisher alle Stürme von Krieg und Revolution überstanden haben, aus dem Sowjetlande auswandern wollen, weil die Regierung sie wegen ihres religiösen Glaubens nicht in Ruhe lasse und ihnen auch zu viele Steuern aufgehalst habe. Das letztere ist sehr glaubhaft, denn der russische Staat hat sein Budget seit der Stabilisierung der Währung ungefähr vervierfacht und da muss er seinen glücklichen Bürgern auch manche Steuerfreuden beschert haben, die man im westlichen Europa noch nicht kennt. Nach dem Budget für 1927/28 betrug der gesamte Staatsaufwand etwa vier Milliarden Rubel, dazu kommen noch einige hundert Millionen für Zuschüsse an das Verkehrskommissariat, was nichts anderes heissen kann, als dass die Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsunternehmungen in Russland nicht ihre Kosten decken und Zuschüsse aus der Staatskasse brauchen.

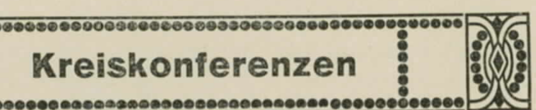
Vier Milliarden Rubel sind zehn Milliarden Schweizerfranken, das bedeutet auf den Kopf der Bevölkerung etwa 70 Franken Steuern. Das scheint zwar nicht viel zu sein, aber in Russland wirkt eine solche Steuerlast ganz anders als im reicheren Westeuropa. Die Berechnung auf die Kopfzahl gibt schon deshalb ein falsches Bild, weil Russland ein viel kinderreicheres Land ist wie die westeuropäischen Staaten, die Zahl der arbeitsfähigen Menschen also entsprechend geringer ist. Zudem fehlt in Russland der grosse kapitalistische Reichtum, der in hohen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern einen grossen Prozentsatz der Staatsausgaben trägt, es fehlt auch ein hablicher Mittelstand, und Arbeiter und Bauern müssen sich meistens mit Einkünften begnügen wie in der Schweiz die Bewohner der unwirtlichen Hochtäler. Da ist eine Steuerlast, die auf die einzelne Familie mit vierhundert bis fünfhundert Franken jährlich veranschlagt werden kann, ein harter Druck für die russische Armut, die auch der Kommunismus bisher nicht aus der Welt geschafft hat.

Dazu kommt noch, dass die kommunistische Handels- und Industriepolitik die Industriewaren ungeheuerlich verteuert. Ein Fahrrad kostet in Moskau so viel wie anderswo ein Motorrad. Der Kommunis-

mus hat nämlich auf dem Gebiet der Handelspolitik das Ideal der ärgsten Reaktionäre durchgeführt, er lässt nur solche Waren ins Land hinein, die er selber nicht erstellen kann und bewirkt damit, dass das Geld im Lande bleibt und dass der russische Konsument das einheimische Schaffen mit den höchsten Preisen in Europa ehren muss. Diese heimatschützlerische Zollpolitik zieht jedenfalls den russischen Konsumenten alljährlich auch noch einige Milliarden aus der Tasche, die sie zu ihren sonstigen Steuerlasten hinzuzählen müssten, um ihre totale Belastung festzustellen. Und da alles dies dem unersättlichen Staatssäckel noch nicht Genüge tut, muss der russische Staat bei seinen Bürgern noch Anleihen aufnehmen, wobei wohl manchmal ein sanfter Druck dem Widerwillen nachhelfen muss. Da ist die Klage der deutschen Bauern über die unerträgliche Steuerbelastung in Russland durchaus begreiflich.

Die Zukunft wird ja wohl erweisen, ob den Kommunisten ihr Fünfjahresplan, mit dem sie Russland an die Spitze der europäischen Volkswirtschaft bringen wollen, gelingen wird oder ob dieser Plan ebenfalls wieder in einen Raubbau an der eigenen Volkswirtschaft auslaufen wird. Bisher hat man nicht den Eindruck, dass in Russland viel Vorbildliches geschaffen worden ist.

Indexziffer des V. S. K. Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo infolge saisonmässiger Einflüsse die Indexziffer am 1. November regelmässig eine Erhöhung zu verzeichnen hatte, weist sie dieses Jahr einen Rückgang von 154,1 Punkten am 1. Oktober auf 153,3 Punkte am 1. November auf. An Preisveränderungen von einigem Belang sind zu verzeichnen: Rückgänge der Milch, der Linsen, der Erbsen und der Bohnen und Erhöhungen der Eier, des Anthrazites, der Briketts und des Schweinefleisches. Infolge des inzwischen eingetretenen Abschlages auf Brotgetreide und dessen Derivaten ist auf den 1. Dezember ein weiterer Rückgang der Indexziffer zu erwarten. Die ausführlichen Mitteilungen erfolgen in nächster Nummer.

Herbstkonferenz des Kreises IXa (Kanton Glarus, Linthgebiet und St. Galler Oberland). Ein trüber, regnerischer Sonntag wars, als die Delegierten des Kreises IXa am 27. Oktober dem Gasthaus zum Hirschen in Wallenstadt zupilgerten, um der diesjährigen Herbstkonferenz beizuwohnen. Der Saal war hübsch dekoriert, ob uns oder einem andern Verein zu Ehren, wollen wir nicht ergründen; immerhin hat man dieses Arrangement dankbar empfunden. Nach halb 10 Uhr eröffnete Präsident Störi die Verhandlungen. Dem herzlichen Willkommen an Alle fügt er speziellen Gruss an die Herren B. Jæggi und G. Degen bei. Dann erwähnt er, dass Herr Jæggi vor kurzem sein 60. Altersjahr vollendete, was Veranlassung sei, seine Verdienste um den Verband dankbar zu anerkennen. Im weitern erwähnt er, dass Verwalter B. Eggenberger in Grabs nun eine dreissigjährige Tätigkeit als Verwalter des dortigen Verbandsvereins hinter sich habe. Der Beachtung wert sei auch, dass der Konsumverein Linthal im September sein fünfzigjähriges Jubiläum feiern konnte, und dass der Konsumverein Schwanden im letzten Sommer sein neues Heim bezogen habe. Beiden wünscht er Blühen und Gedeihen. Rückblickend auf das verflossene Halbjahr, betont er, dass sehr viel geleistet worden sei. Der Präsident erinnert an die Kurse im Genossenschaftlichen Seminar und auf unsere beiden Instruktionstage für die Verkäuferinnen, an denen sich die Herren Dr. Pritzker und Degen alle Mühe gaben, unser Personal aufzuklären. Er verliest einen Artikel aus den «Glarner Nachrichten», worin diesen Instruktionen von gegnerischer Seite volle Beachtung geschenkt wird. Dann verweist er auf die Mühle in Zürich, ermahnend, diese zu unterstützen, da ihr ein Grossabnehmer infolge Bau einer eigenen Mühle verloren gegangen sei. Weiter sagt er, dass wir gegenwärtig in der Schweizerwoche leben, was uns neuerdings ermahnen soll, Schweizerprodukte zu bevorzugen, weil dadurch Verdienst geschaffen werde, was auch unsern Vereinen zugute komme. Natürlich dürfen wir die Marke «Co-op» nie vergessen.

Der Appell ergibt 72 Delegierte, zwei Herren vom V. S. K. und sechs Vorstandsmitglieder.

Als Stimmenzähler werden ernannt die Herren H. Schiesser-Linthal, Fritz Steiner-Niederurnen und Bulmer-Flums.

Herr B. Jæggi, der Referent zum Traktandum Propaganda, führte aus, dass der Gedanke der Genossenschaft eigentlich klar sei: Grundsatz der Selbsthilfe, Förderung der Eigenproduktion, Rückgabe der Ueberschüsse an die Mitglieder und Bildung von sozialem Kapital. Der Grundsatz der richtigen Nächstenliebe soll hochgehalten werden. Die Genossenschaft solle eine Grundlage sein für Friede und Freiheit. Dann streift der Referent die momentanen Verhältnisse im A. C. V. Basel und gesteht, dass dort durch den Streik diese Ideale auf der Strecke geblieben und alle Vernunft ausgeschaltet worden sei. Eines sei sicher, dass in diesem Krieg Sieger und Besiegte schweren Schaden davon tragen werden. Politische Gruppen haben eine Atmosphäre geschaffen, die ein Verstehen verunmögliche. Immerhin solle man sich durch solche Vorkommnisse nicht abschrecken lassen; durch intensives Arbeiten müsse den falschen Bestrebungen der Boden abgegraben werden. Es sollen sich alle wohl fühlen in unserer Bewegung, die mit dem wahren Christentum im Einklang stehen soll. Wie nun aber jede Idee ihre Propaganda nötig habe, so auch diese. Nötig sei Aufklärung, damit sich die breiten Volksschichten dafür interessieren. Unsere Genossenschaften haben ja zum Teil schwere Umsatzziffern, was uns aber nicht täuschen darf, denn noch stehen ihnen viele fern oder sind nur laue Bezüger. Mit guten Waren machen wir wohl wirksame, aber doch noch nicht ausreichende Propaganda. Es ist notwendig, die Frau für die Genossenschaft noch mehr zu gewinnen. Frauenversammlungen mit aufklärenden Referaten, dann aber auch mit froher Unterhaltung sind sehr geeignet, die Hausfrau dem Konsumverein nahe zu bringen. Auch ist bessere Verbindung zwischen Frauen und Vorstand durch Schaffung von Frauenkommissionen und Wahl von Frauen in die Behörde zu empfehlen. Die Ausgabe von Schriften sei ebenfalls sehr wertvoll. Von unserm Verband, sowie von ausländischen Genossenschaften seien Filme vorhanden, die den Vereinen zur Verfügung stehen; Herr Paul Altheer wirke bei den Vorführungen mit. Ein wirksames Propagandamittel besitzen wir nun auch im neuen Ferienheim in Weggis. Dann seien Reisen mit den Mitgliedern nach Basel zur Besichtigung der Einrichtungen des V. S. K. sehr zu empfehlen. Der Ausbildung des Personals solle alle Auf-

merksamkeit geschenkt werden, da heute an dasselbe andere Anforderungen gestellt werden als früher. Jeder Verein solle diesen Punkt als äusserst wichtig betrachten. In bezug auf die Agitation solle beachtet werden, dass diejenige von Haus zu Haus am meisten verspreche. Wichtig sei auch die Gewinnung der Jugend für die Genossenschaftsidee. Das «Genossenschaftliche Volksblatt» soll ab Neujahr alle 14 Tage eine illustrierte Beilage erhalten, deren Kosten der V. S. K. so lange auf sich nehme, als die finanziellen Ergebnisse er erlauben. Für das Gedeihen der Genossenschaftsbewegung sei die Einigkeit im Verbande notwendig. Deshalb sollen Fragen der Politik, auch der Wirtschaftspolitik, aus der Bewegung ferngehalten werden. Die hohe Mitgliederzahl, die über diejenige der politischen Parteien gehe, beweise, dass neben Angehörigen aller Parteien viele politisch Neutrale in unserer Bewegung mitmachen. Noch viel Kleinarbeit sei zu leisten, und es sei sehr wünschbar, dass sich dafür recht viele Genossenschafter zur Verfügung stellen, damit unsere Bewegung, ihre Kräfte steigern und ihre Bedeutung erhöhen könne.

Präsident Störi verdankt diese Ausführungen aufs beste und teilt mit, dass im Vorstand darüber gesprochen wurde, der Verband sollte einmal alle Verkäuferinnen nach Basel einladen. Herr Würgler-Lachen äussert seine Meinung dahin, dass es besser sei, mit dem ganzen Verein zu gehen. Dieser Meinung ist auch Herr Michel-Glarus. Er betont, dass die Ansprache, die Herr Jæggi im Freidorf an die Glarner Mitglieder gehalten, wohl am meisten Eindruck gemacht habe.

Zu Traktandum 3 teilt Herr Jæggi mit, dass die Generalversammlungen der Zweckgenossenschaften im nächsten Jahre versuchsweise mit der Delegiertenversammlung des V. S. K. zusammengelegt werden sollen.

Bei Traktandum 4, Abhaltung eintägiger Revisorenkurse, teilt Präsident Störi mit, dass auf eine Rundfrage des Vorstandes zwölf Vereine dagegen, zehn dafür waren (die übrigen haben nicht geantwortet); er empfiehlt Verwerfung dieses Antrages, was denn auch geschieht.

Als nächster Versammlungsort wurde Jona bestimmt.

Der Vorstand wird einstimmig wiedergewählt und besteht aus folgenden Herren: Präsident: Rud. Störi-Hätzingen; Vizepräsident und Kassier: Fritz Michel-Glarus; Aktuar: Georg Meier-Rapperswil; Beisitzer: B. Eggenberger-Grabs, Th. Hefti-Wallenstadt, B. Blumer-Engi und Peter Vogt-Siebnen. Der Präsident verdankt bei diesem Anlass dem Aktuar seine pflichtgetreue Arbeit aufs beste.

In der allgemeinen Umfrage verdankt Herr Schätti-Jona die Wahl ihres Vereins zur Durchführung der nächsten Konferenz. Herr B. Eggenberger-Grabs verdankt die Gratulation des Präsidenten und betont, dass es ihm nur durch die Mithilfe des Verbandes und die Leitung des Verkehrs durch denselben möglich war, seinen Verein in die Höhe zu bringen. Er dankt der Verwaltungskommission und den Vertretern des V. S. K. für ihre Unterstützung. Herr Laager-Mollis ersucht den Vorstand, dem zu erwartenden glarnerischen Steuergesetz Beachtung zu schenken. Herr Dr. Hobi-Ragaz nimmt Bezug auf die Ausführungen des Herrn Jæggi über politische Neutralität und findet, dass die Anstrengungen für Schaffung eines «Arbeitsparlamentes» ebenfalls politischer Art seien. Er glaube, dass es zweckmässig wäre, auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Man sage auf Seite der Initianten, dass sich die Delegiertenversammlung überlebt habe. Dem sei aber entgegenzuhalten, dass keiner unbefriedigt von einer solchen heimkehre. Wir sollen gegen diese Idee Stellung nehmen, denn sie würde den Kontakt der Vereine mit dem Ganzen stören und die kleinen Vereine verkürzen. Wir wollen uns im Interesse des weitern Gedeihens der Konsumvereine in politische und wirtschaftliche Fragen lieber nicht einmischen. Herr Schätti-Jona sagt, dass sich die Gewerkschaften bemühen, Einfluss auf die Verwaltung der Vereine zu erhalten, aber sehr oft zeige sich, dass gute Gewerkschafter schlechte Genossenschafter seien. Tschudy-Glarus findet, dass alle grossen Vereine links orientiert seien und dass zu befürchten sei, dass die Genossenschaften auf Abwege geraten. Er glaubt, dass wir einen Beschluss fassen sollten. Herr Dr. Hobi schlägt folgende Resolution vor:

«Die Herbstversammlung des Kreises IXa in Wallenstadt hat nach gewalteter Diskussion in überwiegender Mehrheit die Schaffung eines Arbeitsparlamentes im Sinne einer Anregung des offiziellen Publikationsorganes der Konsumgenossenschaft Bern abgelehnt und beschlossen, an der bisherigen Institution der Delegiertenversammlung festzuhalten, von der Erwägung ausgehend, dass der V. S. K. seiner bewährten Tradition bezüglich politischer und konfessioneller Neutralität treu bleiben will, und erfahrungsgemäss festgestellt werden muss, dass die jeweiligen Delegiertenversammlungen als imposante Kundgebungen des genossenschaftlichen Gedankens und als wertvolle Förderung der Solidarität im Innern und als erfolgreiche Propaganda nach aussen bewertet werden müssen.»

Herr Erne-Buchs tritt dieser Resolution entgegen. Diese sei verfrüht, weil ein solcher Antrag dem Verbande noch nicht eingereicht worden sei. Man solle nicht vergessen, dass das ein grosses Problem sei. Er ersucht, in dieser Angelegenheit noch keine Stellung zu beziehen, da man ja noch nicht wisse, was bezweckt werden solle; er beantragt, der Resolution nicht zuzustimmen. Mit 46 gegen 16 Stimmen wird beschlossen, zu der Frage Stellung zu nehmen und mit 48 gegen 12 Stimmen wird die Resolution angenommen. Herr Blumer-Schwanden regt an, es sollen im Ferienheim Weggis die Pensionspreise erniedrigt werden, so dass mehr Mitglieder dort einkehren könnten. Ein grosser Teil der Mitglieder seien Arbeiter und können diese hohen Preise nicht erschwingen. Eine Erniedrigung der Preise wäre eine grosse Propaganda. Herr Jæggi verspricht, diese Frage zu prüfen, ohne aber bindende Zusage geben zu können. Herr Michel-Glarus findet, dass das System geändert werden sollte, derart, dass die Gratisverpflegung abgeschafft und dafür die Preise bedeutend erniedrigt würden. Es könnten damit viele Leute dieser Ferien teilhaftig werden. Herr Jæggi erwidert, dass wir das System der Gratisverpflegung nicht mehr abschaffen sollten. Es sei zu beachten, dass es viele Leute gebe, die nicht einmal einen kleinen Pensionspreis bezahlen können. Arme, ganz arme Leute könnten dann der Ferien nicht mehr teilhaftig werden. Immerhin soll diese Anregung geprüft und nach den gemachten Erfahrungen erledigt werden. Der Präsident verdankt allen ihre Mitarbeit aufs beste. Schluss 11¾ Uhr.

Ein gutes und reichliches Mittagessen, eine flotte Unterhaltungs- und Tanzmusik hielt die Delegierten noch lange beisammen.

G. M.



Aus unserer Bewegung



Lyss. (-r.-Korr.) Die Konsumgenossenschaft Lyss hielt am Sonntag, den 27. Oktober, im Saale der Wirtschaft zur Brasserie ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche von ca. 100 Personen besucht war. Diese Besucherzahl kann nicht als sehr hoch bezeichnet werden, wenn in Betracht gezogen wird, dass anlässlich des internationalen Genossenschaftstages im Juli sich stets über 400 Personen einfinden. Immerhin ist zu bemerken, dass ja auch keine Traktanden vorlagen, die dazu angetan waren, die Gemüter zu beschäftigen. Nach der Eröffnung der Versammlung durch den Präsident G. Bürgi und Verlesen des Protokolls figurierte als Traktandum 3 die Abnahme des Jahresberichtes und der Rechnung. Nach einem kurzen Bericht von einem Mitglied des Verwaltungsrates über die Rechnung, sowie von einem Mitglied der Rechnungsprüfungskommission über die Tätigkeit und den Befund der genannten Kommission und einem weitern allgemeinen Bericht von Verwalter Schneiter über das abgelaufene Betriebsjahr wurde die Jahresrechnung diskussionslos genehmigt und den Aufsichtsbehörden Decharge erteilt. Der Jahresumsatz erreichte die Summe von rund Fr. 423,000.—, oder ca. Fr. 10,000.— mehr als im Vorjahr. Die Bäckerei schliesst bei einem Verkehr von Fr. 81,654.31 in einfacher Rechnung, nach Zuweisung von Fr. 3000.— an den Backofen-Baufonds, mit einem Nettoüberschuss von Fr. 8751.08 ab. Als weitere erfreuliche Tatsache kann erwähnt werden, dass die Zinsenrechnung seit einigen Jahren stets mit einem Aktivsaldo abschliesst, welcher dieses Jahr rund Fr. 2000.— beträgt. An Abschreibungen wurden aus der Betriebsrechnung Fr. 4000.— auf den Liegenschaften vorgenommen, die in der Bilanz nun noch mit Fr. 166,000.— eingestellt sind bei einer Grundsteuerschatzung von rund Fr. 175,000.—, ferner Fr. 1500.— auf Mobilien, welch letztere noch mit Fr. 1500.— zu Buch stehen. Dieser Posten wird voraussichtlich beim nächstjährigen Abschluss auf Fr. 1.— abgeschrieben werden können. Als weitere Aktivposten stehen in der Bilanz die Bankguthaben mit Franken 339,690.05, Wertschriften mit Fr. 19,520.—. Die Waren sind nach einer reichlichen Abschreibung als stille Reserve noch mit Fr. 49,000.— eingestellt. Bei den Passiven figurieren die Anteilscheine mit Fr. 25,434.50, Depositen mit Fr. 329,625.80, Reserven mit Fr. 51,000.— (ohne diesjährige Zuwendung), diverse Spezialreserven, Backofen etc. mit Fr. 35,342.50, Hypotheken mit Fr. 103,000.—, sowie zur Bilanzierung Fr. 41,723.77 als Nettoüberschuss. Letzterer wurde wie folgt verwendet: 8% Rückvergütung auf den Warenbezügen = Fr. 32,000.—, Zuweisung an Reserven Fr. 5000.— und an verschiedene Spezialkonti Fr. 4000.—. Der Rest von Fr. 723.77 wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Im weitern Traktandum war Beschluss zu fassen über eine Partialrevision der Statuten, von denen einige Paragraphen den heutigen Verhältnissen besser angepasst werden mussten. Von den revidierten Artikeln war wohl der wichtigste, dass der Anteilschein von Fr. 50.— auf Fr. 20.— pro Mitglied herabgesetzt wurde. Man war in den Aufsichtsbehörden der Auffassung, in Anbetracht der guten finanziellen Verhältnisse diesen Schritt tun zu können, um so mehr da nun die Genossenschaft nicht mehr auf fremde Gelder angewiesen ist und überdies, um neuen Mitgliedern den Anschluss zu erleichtern. Sämtliche Abänderungsvorschläge wurden gutgeheissen. Ferner waren infolge Ablauf der Amtsdauer Neuwahlen zu treffen von drei Mitgliedern des Verwaltungsrates, sowie von drei Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission. Sämtliche wurden auf eine neue Amtsdauer bestätigt. Weiter war an Stelle des im letzten Frühjahr verstorbenen Schriftführers Chs. Frey eine Ersatzwahl in den Verwaltungsrat vorzunehmen. Auf einen Doppelvorschlag auf die Genossenschafter Arnold Aebi, Former und Fr. von Dach, Former, beide als gute Warenbezüger, wurde im zweiten Wahlgang (im ersten erreichte keiner das absolute Mehr) Arnold Aebi gewählt.

Nach Erschöpfung der Traktandenliste wurde vom Vorsitzenden noch darauf aufmerksam gemacht, dass die Konsumgenossenschaft Lyss im nächsten Jahre das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens feiern könne, zugleich die Mitglieder ermahnend, es möchte jedes das Seinige dazu beitragen, um in diesem Jahre einen Rekordumsatz zu erzielen.

Allgemeine Konsumgenossenschaft Rorschach. (Hn. Korr.) Es zeugt entschieden von grossem sozialem Verständnis, wenn ein Arbeitgeber die gleichen Angestellten Jahrzehnte lang behalten kann. Der Konsumverein Rorschach war in den letzten Jahren in der glücklichen Lage, der 25jährigen Tätigkeit einer Reihe von Angestellten, Verwalter und Verkäuferinnen, zu gedenken. Auch letzten Sonntag konnte das Jubiläum von Fräulein Elisa Niederer gefeiert werden, einer treuen Verkäuferin, welche nicht nur 25 Jahre der Genossenschaft schätzenswerte Dienste geleistet hat, sondern auch die ganze lange Zeit in der gleichen Verkaufsstelle «Promenade» gewirkt hat. Jubilarin, Angehörige derselben, Verwaltungskommission und Personal fanden sich zu einer schlichten, jedoch wirkungsvollen Feier ein. Der umsichtige, initiative Präsident der Genossenschaft, Herr Geser, schilderte in einer tiefempfundenen Ansprache das treue Wirken der Jubilarin, indem er ihr eine goldene Uhr als Zeichen der Dankbarkeit übergab. Auch das Personal stund mit Geschenken und Glückwünschen nicht zurück. Eine bunte Fülle von Darbietungen gesanglicher und theatralischer Art verschönerten die eindruckvolle Feier, welche auch Zeugnis von der Harmonie, welche zwischen Behörden und Personal herrscht, ablegte.

Zollikofen. Eine genossenschaftliche Tat. Die Konsumgenossenschaft Zollikofen hat in ihrer Generalversammlung vom 9. November beschlossen, der Gemeinde Zollikofen ein Darlehen von Fr. 60,000.— zu machen, welches zur Durchführung einer Abwasserkanalisation verwendet werden soll.

Die K. G. B. Zollikofen ist eine Vereinigung von ca. 400 Mitgliedern die sich namentlich aus dem Arbeiterstande und aus kleinen Beamten rekrutieren. Durch vorsorgliche Verwaltung hat sich diese Genossenschaft auf eine Höhe gearbeitet, die sie in den Stand setzt, ihrer Gemeinde mit einem Darlehen zur Durchführung eines gemeinnützigen Werkes unter die Arme zu greifen. Ehre diesem genossenschaftlichen Sinne! *-d.*

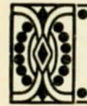
St. Georgen. (Korr.) Dem letzthin erschienenen 35. Jahresbericht des Konsumvereins St. Georgen ist zu entnehmen, dass das Geschäftsjahr 1928/29 leider mit einem Rückschlag von Fr. 4881.—, das heisst von Fr. 279,053.— auf Fr. 274,172.—, abgeschlossen hat. Der Rückgang wird im Bericht damit begründet, dass ein Fabriketablissement die Zahl seiner Arbeiter wesentlich herabgesetzt hat. Immerhin ist demgegenüber darauf hinzuweisen, dass die Mitgliederzahl von 458 auf 469 angewachsen ist. Das für sich abgeschlossene Wirtschaftsgebiet wird vom Konsumverein St. Georgen zum grössten Teil beherrscht. Der Bericht bemerkt denn auch nicht ohne Grund: «Der Genossenschafter hält sich an seinen Konsum, der ohne Profit arbeitet und kein Geld verdienen will. Ein Einnahmeüberschuss gehört der Gesamtheit der Mitglieder und fliesst als Rabatt und Rückvergütung wieder an die Einkäufer zurück. Wir sind glücklich, konstatieren zu können, dass sich bei uns immer mehr die Einsicht Bahn bricht, dass man beim Konsum am besten auf seine Rechnung kommt.» Auch dem Barzahlungssystem wird mit Wärme das Wort geredet, indem auf den Segen dieses Systems für Glück und Friede in der Familie hingewiesen wird.

Den Fr. 64,717.— Einnahmen stehen Fr. 52,887.79 inklusive Fr. 7228.8 an garantiertem Rabatt von 5% gegenüber. Insgesamt kommen Fr. 14,456.— = 10% für Rabatt und Rückvergütung an die Mitglieder zur Auszahlung. Dem Reservefonds werden Fr. 2000.—, der Unterstützungskasse Fr. 1000.— und dem Mobilienkonto Fr. 1147.— zugewiesen; an Steuern mussten Fr. 2121.— verausgabt werden. Die stille Reserve der Genossenschaft kommt in Buchwert des Warenlagers zum Ausdruck, der nur mit Fr. 25,007.— eingesetzt ist. Auch die Immobilien dürfen sich sehen lassen, indem alle drei Liegenschaften mit Fr. 95,500.— zu Buche stehen. Der Reservefonds beträgt heute Fr. 28,000.—, der Baufonds Fr. 5900.—.

Die Hauptversammlung, die wohl an die 350 Teilnehmer aufwies, und vom «Sängerbund» mit prächtigen Liedervorträgen eingerahmt wurde, genehmigte Bericht und Rechnung nach kurzer Diskussion. Desgleichen wurde auch die Kommission, wie sich der Vorstand der Genossenschaft bescheiden nennt, einmütig wieder mit Herrn Steuerkommissär Zäch an der Spitze gewählt.

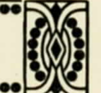
Uebergehend zum gemütlichen Teil bemerkte der Präsident launisch, dass der Konsumverein alle fünf Jahre sein Jubiläum feiere und zum 35. Wiegenfeste diesmal «Knackerli mit Sauerkraut» den Besuchern der Hauptversammlung servieren lasse. Aber neben diesem «Materiellen» gabs auch noch andere Kost: Film- und Vortragsdarbietungen von Herrn *Paul Aitheer.* Nachdem gerade anlässlich einer Kreiskonferenz in St. Georgen an diesen Vorträgen Kritik geübt worden war, war männiglich gespannt auf diese Darbietungen. Und wir wollen da gerne bezeugen, dass nach unserer unmassgeblichen Meinung Herr Altheer sich sehr gut eingeführt hat. Sofort verstand er es den Kontakt zwischen sich und der ganzen Versammlung herzustellen. Dass auch die «Verdrehten Gedichte» schallende Heiterkeit auslösten, ist ohne weiteres zu verstehen, denn neben dem rein Geschäftlichen verlangt der Genossenschafter auch Ablenkung. Und Herr Altheer hat das gerade in St. Georgen so gut bewerkstelligt, dass ihm die ganze Genossenschaftsgemeinde zujubelte. Der Massenaufmarsch der Genossenschafterinnen hat sicherlich nicht allein dem Geschäftlichen gegolten, sondern der Ankündigung, dass neben den Filmvorführungen eben auch Herr Altheer mit seinen satirischen Darbietungen für Kurzweil sorgen werde. Dass ihm dies vollauf gelungen ist, bewies der reiche Beifall und die Aussprüche von Frauen, die erklärten, dass ihnen dieser Abend noch besser gefallen habe als der letztjährige, an dem

es Kaffee Hag gab, was bei Frauen doch gewiss viel heissen will. — Mit diesen Bemerkungen wollen wir nicht etwa sagen, dass gelegentlich in die satirischen Darbietungen nicht auch Genossenschaftliches eingeflochten werden könne; aber wenn die Altheersche Satirik sich, was in vielen Fällen der Fall sein wird, an geschäftliche Traktanden anschliesst, so glauben wir, dass damit seine Darbietungen ihren Zweck erreichen. Oder sind wir Genossenschafter schon so griessgrämig geworden, dass wir keine Freude mehr an gesundem Humor oder «Verdrehten Gedichten» haben sollen?



Film- und Vortrags-Zentrale

Paul Altheer, Brieffach, Hauptpost, Zürich



Die nächsten Vorführungen, verbunden mit Vorlesungen heiterer Dichtungen, werden an folgenden Orten stattfinden:

Bonaduz. Samstag, 23. November, abends 7½ Uhr, Schulhaussaal, und Sonntag, 24. November, 1½ Uhr, Schulhaussaal. Programm für den Samstag (Kindervorstellung): Hamburger Hafen. — Nordlandbilder. — Deutscher Zündholz-Scherzfilm. — Helene. — Hans Huckebein. — Programm für den Sonntag: Schuh-Coop. — Freidorf. — Fleischwarenbetrieb der G. E. G. — Famos.

Maisprach (Aargau). Montag, 25. November, abends 8 Uhr in der Kirche. Programm: Schuh-Coop. — Mühlengenossenschaft. — Schlaraffenland. — Der Raucher.



Verbandsnachrichten



Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 15. und 19. November 1929.

1. Von der Konsumgenossenschaft Bellinzona sind dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jæggi) Fr. 200.— überwiesen worden, die anmit bestens verdankt werden.

2. Herr Henry J. May, Generalsekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes (I. G. B.), London, macht in einem Schreiben aufmerksam auf die Notwendigkeit einer grösseren Auflage der französischen Ausgabe der «Internationalen Genossenschaftlichen Rundschau». Die gegenwärtige Auflage ist zu klein, um die Kosten für den Druck und was damit im Zusammenhang steht, zu decken.

Die Verwaltungskommission ersucht deshalb, im Auftrage des Generalsekretärs des Internationalen Genossenschaftsbundes, die Verbandsvereine der französischen und italienischen Sprache, die «Internationale Genossenschaftliche Rundschau» in vermehrter Zahl zu abonnieren. Diese Schrift orientiert den Leser über alle bedeutenderen Vorkommnisse im Genossenschaftswesen der verschiedensten Länder und vermittelt einen anregenden Einblick in die Bedeutung und stets zunehmende Erstarkung der Genossenschaftsbewegung.

Bestellungen sind direkt zu überschreiben an: Internationaler Genossenschaftsbund, Orchard House, 14, Great Smith Street, Westminster, London S. W. 1. In Anbetracht der ungenügenden Einnahmen muss der frühere Abonnementspreis von Fr. 4.— pro Exemplar auf Fr. 7.— pro Exemplar und Jahr erhöht werden.

1. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jæggi) sind folgende Zuwendungen gemacht worden:

Konsumgenossenschaft Interlaken	Fr. 300.—
Konsumverein Buchs (St. Gallen)	» 200.—
Konsumgenossenschaft Worb	» 100.—

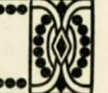
2. Die Allg. Konsumgenossenschaft Meilen berichtet, dass sie am 14. November 1929 in Feldmeilen eine neue Filiale eröffnet habe.

Die Postsendungen sind zu adressieren: Allg. Konsumgenossenschaft Meilen, Filiale und Poststelle Feldmeilen.

Die Bahnsendungen: Allg. Konsumgenossenschaft Meilen, Filiale Feldmeilen, Station Feldmeilen.



Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt



Nachfrage.

Grösserer Konsumverein der Ostschweiz sucht mit Antritt auf 1. Januar 1930 für das Hauptdepot mit einem jährlichen Umsatz von ca. 180,000 Franken tüchtige **erste Verkäuferin,** die in der Lebensmittelbranche absolut bewandert ist. Bewerberinnen, welche über gute Zeugnisse und Referenzen verfügen, mehrjährige Praxis in Genossenschaft nachweisen können, wollen ihre Offerten bis 1. Dezember 1929 mit Angaben des Alters und der Saläransprüche unter Chiffre A. K. V. 129 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel richten.

Angebot.

Zuverlässiger, junger Mann, intelligent und kräftig, sucht Stelle als **Hilfsmagaziner** oder Spediteur. Eintritt nach Belieben oder nach Uebereinkunft. Offerten erbeten unter Chiffre B. H. 195 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junge, gewandte **Verkäuferin,** mit absolvierter Lehrzeit in Konsumverein und bestandenem Verkäuferinnenkurs am Genossenschaftsseminar in Basel, sucht per 1. Januar 1930 eine Stelle als II. Verkäuferin in grösserer Konsumgenossenschaft. Photo und Zeugnisse zu Diensten. Offerten mit Angabe des Gehaltes gefl. an die Verwaltung des Allgem. Konsumvereins Pfäffikon (Zürich).

Jüngeres, tüchtiges **Verkäuferpaar** sucht Anstellung in Filiale, oder der Mann als Magaziner in grösseren Konsum. Kaution kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre B. Z. 197 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Redaktionsschluss: 21. November 1929.

Buchdruckerei des Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel